

Literatur-Beilage des Correspondenz-Blatt

Jr. 8

Herausgegeben am 28. August

1909

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite	
Die Sozialpolitik der deutschen Centrumpartei . . .	57	Literatur über Arbeitsvermittlung. Zur Arbeitsnachweis-	61
Die Literatur über „Gelbe Gewerkschaften“	58	frage	61
Gewerkschaftsliteratur. Gewerkschaftliche Jahrbücher. —		Literatur über Industrie, Gewerbe und Handel.	62
Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland (Schluß)	59	Das Mühlengewerbe in Baden und in der Pfalz	62
Parteiliteratur. Die Sozialdemokratie im Deutschen		Literatur über Erziehungsfragen. Lehrerschaft und	63
Reichstage	61	Jugendfürsorge in Stadt und Land	63
Literatur über Arbeiterversicherung. Die Rechtsprechung		Literatur über Arbeiterinnen- und Frauenfragen. Die	63
in Unfallstreitfällen	61	grüne Gefahr	63
		Verzeichnis neuer Bücher und Schriften	64

Die Sozialpolitik der deutschen Centrumpartei.

Gesammelte sozialpolitische Flugblätter des Volksvereins für das katholische Deutschland. Verlag der Centralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. M.-Gladbach 1907. Preis 30 Pf.

Die Flugblätter sind ihrem Inhalte nach in vier Gruppen zusammengestellt, von denen sich die erste auf Arbeiterfragen, die zweite auf landwirtschaftliche Fragen, die dritte auf Fragen des gewerblichen Mittelstandes, die vierte auf Zölle und Steuern beziehen. Dadurch ist es den Lesern der Broschüre erleichtert, einen Ueberblick über die Sozialpolitik der deutschen Centrumpartei zu gewinnen. Hier kommt dem Leser ein ausführliches alphabetisches Verzeichnis zuflutten.

Jedoch müssen wir uns bei Benutzung der Broschüre stets vor Augen halten, daß die Herren vom Volksverein für das katholische Deutschland das Material so ver-wendet haben, wie es ihrem Zwecke, das Centrum wegen seiner Sozialpolitik zu rechtfertigen, am besten dienen könnte. Dabei ist aber die Wahrheit sehr schlecht weggekommen. Bezeichnend für die Art und Weise, in der die Flugblätter fabriciert worden sind, ist gleich der Anfang des ersten Flugblattes: Was hat das Centrum für die Arbeiter getan? In dem Flugblatt wird zunächst erzählt: Das Deutsche Reich rühme sich „mit Recht“ seiner in mancher Beziehung „mustergültigen“ Arbeiterbeschgebung, durch die es den „meisten“ übrigen Staaten weit vorausgeeilt sei. An diesem großen sozialen Friedenswerke von Anfang an hervorragend mitgearbeitet zu haben, hieße der unbergängliche Ruhm der parlamentarischen Vertretung des deutschen Katholiken, des Centrums. Man könne kurzweg sagen:

„Alles, was bis heute auf dem Gebiete der gesetzlichen Arbeiterfürsorge erreicht wurde, ist vielfach der Anregung des Centrums, alles ohne Ausnahme aber seiner energischen Einwirkung zu verdanken.“

In Wahrheit ist noch stets die Anregung zu den Maßnahmen des gesetzlichen Arbeiterschutzes von den Sozialdemokraten ausgegangen, und das Centrum hat oft genug daran mitgearbeitet, die Anträge der Sozialdemokraten niederzustimmen.

Der erste große Arbeiterschutzantrag im Deutschen Reichstag wurde, heißt es dann in dem Flugblatt weiter, vom Centrum durch den Antrag Galen (1877) gestellt. Verschwiegen wird, daß schon vorher die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit für Arbeiterschutzbestimmungen eingetreten sind, und daß der Antrag Galen seinem Inhalte nach weit hinter dem Antrage zurückbleibt, den zur gleichen Zeit die Sozialdemokraten im Reichstage einbrachten.

Ferner wird in dem Flugblatt angeführt, daß 1887 der Gesetzentwurf betreffend Frauen- und Kinderarbeit, 1888 der Gesetzentwurf betreffend Sonntagsruhe die Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten fand. In Wahrheit haben die Sozialdemokraten im Jahre 1887 für den Gesetzentwurf betreffend Frauen- und Kinderarbeit gestimmt. Wichtig ist, daß die Sozialdemokraten im Jahre darauf gegen den Gesetzentwurf betreffend Sonntagsruhe gestimmt haben. Der Abg. Veibel begründete damals die ablehnende Stimme der Sozialdemokraten in einer längeren Rede, deren Schluß lautete:

„Weil aber nun dieser Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, nicht entfernt unseren Wünschen entspricht, und weil wir die Ueberzeugung haben, daß, wenn dieser Gesetzentwurf angenommen würde, es erst recht lange dauern würde, bis eine gründliche Besserung auf diesem Gebiete, wie wir sie wünschen und wollen, verwirklicht wird, weil wir uns sagen, daß die, welche eine Halbheit wünschen, geradezu dazu beitragen, uns das Ganze, was wir wollen, unmöglich zu machen, deswegen stimmen wir gegen die Vorlage.“

Von dieser Begründung steht in dem Flugblatt kein Wort. Das ist begreiflich. Der Verfasser des Flugblattes will ja bei den Lesern den Eindruck erwecken, als ob die Sozialdemokraten aus Böswilligkeit gegen die Arbeiter gegen die Vorlage gestimmt hätten. Aus der Rede des Abg. Veibel aber, wie aus den unermüdlischen Bemühungen der Sozialdemokraten, die Vorlage zu verbessern, geht hervor, daß die Sozialdemokraten sich nur deshalb schließlich gegen die Vorlage erklärten, weil sie die vorgeschlagenen Schutzvorschriften für ungenügend hielten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Sozialdemokraten recht gehabt haben. —

Für die Leser des „Correspondenzblattes“ ist von besonderem Interesse das Flugblatt, das „Notwendigkeit und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“ schildert. Hier wird den Arbeitern das Recht, sich zu organisieren, zugestanden: „Erst dann, wenn er sich organisiert, kann der Arbeiter auf den Arbeitgeber einen Druck dahin ausüben, daß dieser günstigere Arbeitsbedingungen zugestehet; geht er in einer Gewerkschaft vereint mit seinen Mitarbeitern vor, so bilden sie eine Macht, mit der der Arbeitgeber rechnen muß, denn irgendwelche Arbeiter muß er finden, die Beschäftigung bei ihm annehmen.“ Die bedeutendsten Gewerkschaften, heißt es dann später in dem Flugblatt, sind die sogenannten „freien“ Gewerkschaften, die „angeblich neutral, in Wirklichkeit aber sozialdemokratisch sind.“ . . . „Dem christlichen Arbeiter der es ernst nimmt mit seiner religiösen Ueberzeugung, ist es daher nicht möglich, diesen „freien“ Gewerkschaften beizutreten.“ — Ein denkender Arbeiter läßt sich aber durch einen solchen

der amtlichen Streikstatistik werden hervorgehoben, namentlich wird betont, daß die Zahl der Streiks und Aussperrungen keineswegs einwandfrei festgestellt wird. Ausführlicher wird die gewerkschaftliche Streikstatistik besprochen. Oldenberg nimmt, was nebenbei bemerkt sein soll, an dem Ausdruck friedliche „Lohnbewegungen“ Anstoß. Wir finden den Ausdruck „Lohnbewegungen“ auch nicht völlig zutreffend, da er etwas zu eng gefaßt ist, jedenfalls ist er aber entschieden besser als der von Oldenberg vorgeschlagene Ersatz.

r. c.
G. Meyer, Die Kartelle und die Arbeitergesellschaft. Daß die Arbeiter über die wirtschaftliche und soziale Tragweite der Kartelle mehr als bisher unterrichtet werden, ist sehr zu wünschen, aber es muß verlangt werden, daß dies aus einer eingehenden und genauen Kenntnis der Kartelle heraus geschieht. So sehr sich der Verfasser bemüht, auf kurzem Raume ein anschauliches Bild vom Wesen und von der Entwicklung der Kartelle zu zeichnen, so merkt man doch sowohl an der Gesamtaufassung als auch an einer Reihe von Details, daß der Verfasser schon mit fertigen Urteilen bei der Hand war, bevor er sich nach den Dingen näher umfah und sie eingehend prüfte.

Verzeichnis

neuer Bücher und Schriften.

(In dieses Verzeichnis werden sämtliche der Redaktion übermittelten Neuerscheinungen von Büchern und Schriften aufgenommen. Zeitschriften können nicht berücksichtigt werden. Eine Besprechung der Bücher behält sich die Redaktion vor; eine Gewähr dafür kann nicht übernommen werden. Bei Bestellung der hier aufgeführten Bücher oder Schriften wende man sich an den angegebenen Verlag oder an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.)

Literatur der Gewerkschaften.

a) Deutschland.

- Bäder.** Vereinszeitung mit nichts, denn nichts alles! Briefe eines Bädereffekten. 26 S. Verlag: D. Allmann, Hamburg.
- Baugewerbliche Hilfsarbeiter.** Protokoll des 10. Verbandstages 1909 (zu Köln), sowie Bericht des Vorstandes an den Verbandstag. 512 S. Verlag von Gust. Behrendt, Hamburg.
- Bergarbeiter.** Jahresbericht 1907/1908. 218 S. Verlag von H. Hansmann u. Co., Bochum.
- Das deutsche Knappheitswesen. 54 S. Verlag von H. Hansmann u. Co., Bochum.
- Aut- und Hilfswarenarbeiter.** Jahresbericht 1908. 30 S. Selbstverlag des Vorstandes, Altenburg.
- Kürschner.** Protokoll des 3. Verbandstages 1909 (Münchberg). 115 S. Verlag von Ernst Schubert, Hamburg 36.
- Lagerhalter.** Protokoll der 11. Generalversammlung zu Frankfurt a. M. (1909). 195 S. Preis 50 Pf. Selbstverlag des Verbandes, Leipzig.
- Leberarbeiter.** Jahresbericht des Centralvorstandes für das Jahr 1908. 60 S. Verlag von H. Mahler, Berlin SO. 33.
- Maurer.** Jahrbuch 1908. 243 S. Selbstverlag des Verbandes, Hamburg.
- Metallarbeiter.** Die Sensenfabrik von Hauelsen u. Sohn in Neuenburg. 31 S. Verlag von Otto Steinmayer, Pforzheim.
- Tabakarbeiter.** Jahresbericht für 1908. 96 S. Selbstverlag des Verbandes, Bremen.
- Tapezierer.** Rechenschaftsbericht des Vorstandes, erstattet an den Verbandstag zu Berlin 1909. 54 S. Verlag von Otto Besper, Berlin SO. 16.

Transportarbeiter. Jahrbuch 1907. 235 S. — Jahrbuch 1908. 292 S. Verlag der Buchhandlung „Courier“, Berlin SO. 16.

b) Ausland.

Großbritannien. „The General Federation of Trade Unions“. 10. Jahresbericht. 67 S. London. (Englisch.)

Oesterreich. Holzarbeiter. Protokoll des 9. Verbandstages zu Wien (1909). 200 S. Verlag des „Holzarbeiter“, Wien.

Schweiz. Arbeiterunion Zürich. Jahresbericht 1908. 67 S. Buchdruckerei „Vollrecht“, Zürich.

c) Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.

Ansbach. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells und des Auskunfts-Bureaus 1908. 16 S.

Bremen. Neunter Jahresbericht des Arbeitersekretariats 1908 nebst Berichten über Stand, Leistungen und wirtschaftliche Kämpfe der Gewerkschaften, sowie über das Gewerkschaftskartell, den Bildungsausschuß und das Gewerbegericht. 76 S.

Gelsenkirchen. Dritter Bericht des Arbeitersekretariats, umfassend die Jahre 1906, 1907, 1908. 112 S.

Ludensweiler. 5. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats 1908. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells. Bericht des Bildungsausschusses. 27 S.

Meißen. Jahresbericht 1908 des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells. 75 S.

Partei-Literatur.

H. Cunow. Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789—1794. Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Massen- und Parteikämpfe gegen Ende des 18. Jahrhunderts. 328 S. Preis in Leinen geb. 7,50 M. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

— Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Tätigkeitsbericht und Wahlaufsatz aus den Jahren 1871 bis 1893. 542 S. Preis in Leinen geb. 5 M. Für Mitglieder der Gewerkschaften, durch Organisationsbezug 2,50 M. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Fr. Mehring. Gesammelte Schriften von Wilh. Wolff. Nebst Biographie Wolffs von Fr. Engels. 127 S. Preis brosch. 1,50 M., geb. 2 M. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Stefan Großmann. „Herliche Grüße“. Geschichten. 174 S. Preis brosch. 2 M., elegant geb. 2,50 M. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Jugend-Literatur.

Katalog für Jugendbibliotheken. 11 S. — Vortragsthemen für Jugendveranstaltungen. 12 S. Herausgegeben von der Centralstelle für die arbeitende Jugend, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Genossenschafts-Literatur.

Der Centralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1908. 576 S. Preis 3 M. Verlagsanstalt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg.

Publikationen anderer Organisationen.

Auswanderungssekretariat Udine. Tätigkeitsbericht 1908.

Internationales Institut für Bibliographie. Bibliographie der Sozialwissenschaften. 4. Jahrgang 1908. Verlag von D. B. Böhmert, Dresden.

Universität von Wisconsin. Der wirtschaftliche Einfluß auf den Fortschritt der Erziehung in den Vereinigten Staaten von 1820—1860 (engl.). Von Frank Tracy Carlton. 135 S. Madison (Wisconsin). 1908.

Verhandlungen des 20. Evangelisch-sozialen Kongresses zu Heilbrunn (1909). 173 S. Preis 2 M. Verlag von Bandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen.

Lit.
 Nr. 8

Die Sozi.
 Die Liter.
 Gewerksk.
 Die G.
 Parteilit.
 Reichs.
 Literatur
 in Umf.

Die

Gesam.

vereins f.

Centralist.

Deutsche

Die

Gruppen

auf Arbe.

fragen.

Mittelsta.

ziehen

leichter,

deutschen

dem Leser

nis zusta

Jedoch

schüre ste

dem Volk

Material

das Cent

tigen, an

Wahrheit

für die W

ziert wor

flugblatt

getan?

Das Deu

„In man

geichgebu

Staaten?

zialen K

mitgearbe

mit dem Wesen und den Bestrebungen des Gesellenvereins, wenn Fachabteilungen des Gesellenvereins sich den gelben Gewerkschaften anschließen."

Wie eine Bombe hat seinerzeit „Der gelbe Zumpff“ in das gelbe Lager eingeschlagen. Durch diesen Abdruck Lebius'scher Briefe ist unzweifelhaft bewiesen worden, daß die leitenden Personen der Gelben Kreaturen der Unternehmer sind und nur in deren Interesse arbeiten. Die Arbeiterpresse hat ja seinerzeit spaltenlange Auszüge aus diesem Wuche gebracht, so daß es noch in der Erinnerung sein dürfte.

„Gelbe Gewerkschaften“ ist eine kleine Aufklärungsbrochure, die der Metallarbeiterverband an seine Vertrauenspersonen versandt hat.

Interessant ist noch eine kurze Abhandlung von Kommerzienrat Manz im Arbeiter-Jahrbuch der „Hilfe“, 1909. Der Kommerzienrat und Arbeitgeber schließt seinen Artikel über die gelben Gewerkschaften mit dem Wort: „Fort mit der gelben Schmaroberpflanze!“

Nicht ohne Interesse ist auch der Bericht über die erste Hauptversammlung des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, 1907 in Hamburg, wo man seinen gelben Gefühlen freien Lauf ließ und wo Graf Roltke von der Sapag sich als Mitglied des vaterländischen Arbeitnehmerbundes Hamburg vorstellen konnte.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der Verein der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn seit 1905 ein „Handbuch“ besitzt, das von einem Oberbeamten der Straßenbahn herausgegeben wird.

Joh. Sassenbach.

Nachschrift. Die Preise der Bücher über die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine, die in der vorigen Besprechung nicht angegeben werden konnten, sind folgende:

Erkelenz, Neutrale Gewerkvereine . . .	0,50 Mk.
Hirsch, Arbeiterfrage	1,— "
Hirsch, Arbeiterberufsvereine	0,10 "
Musterstatuten	0,10 "
Zeitschrift	0,30 "

Gewerkschafts-Literatur.

Das Jahrbuch des Centralverbandes der Maurer für das Jahr 1908 ist soeben erschienen. Die Redaktion des handlichen Jahrbuches ist im wesentlichen die gleiche, wie des vorigen Jahrganges, die wir in der Literaturbeilage Nr. 3 besprachen. Der Verbandsvorstand gibt in der jetzt vorliegenden Ausgabe für 1908 verschiedene Winke für die künftige Ausgestaltung der einzelnen Gauderichte, denen wir nur beistimmen können. Er wünscht eine bessere Ausgestaltung der Berichterstattung über die Bautätigkeit, die Lage des Wohnungsmarktes usw. Der Verbandsvorstand fordert in dieser Beziehung einen übersichtlichen zahlenmäßigen Ausweis der Baukonjunktur, die Feststellung der Art und Zahl der im Berichtsjahre errichteten und für das kommende Jahr in Aussicht stehenden Bauten, ferner Feststellung des Verhältnisses der städtischen zur ländlichen und der privaten zur öffentlichen Bautätigkeit usw. Auch eine bessere Berücksichtigung des Bauarbeiterschutzes wird gefordert.

Wir sind durchaus der gleichen Auffassung, daß die größtmögliche Berücksichtigung dieser Gebiete eine äußerst wertvolle Bereicherung des Jahrbuches sein würde. Durch eine genaue Kenntnis der jeweiligen Konjunktur in einer Erwerbsgruppe wird

das Verständnis für die in den Jahresberichten gegebene Darstellung der Verbandsleistungen erst richtig ermöglicht. Im Jahrbuch der Maurer wird dieses Gebiet bereits gepflegt und die vom Verbandsvorstand gewünschte Ausgestaltung wird trotz bestehender Schwierigkeiten erreicht werden können.

Auf den weiteren Inhalt des Jahrbuches braucht hier nicht besonders hingewiesen zu werden. Die statistischen Aufstellungen ergeben sich von selbst. Der allgemeine Bericht des Vorstandes befaßt sich u. a. mit der baugewerblichen Konjunktur, den Verhältnissen auf dem Geldmarkte, den Wirkungen der Krise auf die Organisation usw. W. J.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.

(Schluß.) Keine Uebereinstimmung besteht bei den Verbänden, wie schon erwähnt, in ihrer Stellung gegenüber der sozialdemokratischen Partei, deren Vertreter manchen Ortes Sitz und Stimme in den entscheidenden Zusammenkünften der gewerkschaftlichen Organisation besitzen. Im Geltungsbezirk des Bundes, der jüdischen Organisation, hat der Vertreter der Partei ein Vetorecht in den Gewerkschaftsversammlungen, und die Gewerkschaftsverbände liefern 20 bis 25 Proz. ihrer Mitgliederbeiträge an den Bund ab.

Auch über ihre Stellungnahme zum Gesetz vom 4. März 1906 gehen die Verbände weit auseinander. Dieses Gesetz will angeblich die Verhältnisse der Arbeiterberufsvereine regeln, in Wirklichkeit sollte es sie verhindern, als Kampforganisationen zu existieren und die Verhältnisse der Arbeiterchaft zu verbessern. — Ein Teil der Verbände wünschte sich zu legalisieren, d. h. ihre Statuten den Bestimmungen des Gesetzes anzupassen, um dann gesetzlich beziehungsweise behördlich anerkannt, ihre Tätigkeit fortzuführen. Andere lehnten dies entschieden ab und führen ihr illegales Dasein und den Kampf mit dem Ausbeutertum unentwegt weiter. Natürlich beschränken sich die formal nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 4. März eingerichteten Gewerkschaften auch nicht bloß auf die ihnen behördlich gestatteten Betätigungen.

Um ihren Zielen mit besserem Erfolge näher zu kommen, haben sich die gewerkschaftlichen Vereinigungen der verschiedenen Berufe innerhalb der einzelnen Orte in Centralbureaus zusammengeschlossen, die in ihrer Zusammensetzung und Betätigung den deutschen Gewerkschaftsartellen ähnlich sind, soweit es die Verschiedenheit der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands von denen in Deutschland gestattet. Neben der Beschaffung von Lokalen, der Auskunfterteilung für Organisations- und Agitationsfragen, der Stellung von Agitatoren, liegt ihnen vielen Ortes die Herausgabe eines örtlichen allgemeinen Gewerkschaftsblattes ob; wo das Centralbureau für einen ganzen Bezirk eingesetzt ist, wird naturgemäß auch seine Zeitung ein gewerkschaftliches Bezirksorgan. Fast jedes dieser Blätter wurde mehrfach verboten oder konfisziert, keines aber unterdrückt, da sie stets von neuem in anderer Weise oder unter neuem Namen erschienen.

Zu den ferneren Aufgaben der Centralbureaus gehört es, Bibliotheken einzurichten, belehrende Einzelvorträge und Bildungskurse zu veranstalten, wie auch den Mitgliedern ärztlichen und juristischen Beistand zu gewähren.

Neben dem örtlichen Zusammenschluß der verschiedenen Berufsorganisationen vollzieht sich auch die Centralisierung innerhalb der Berufe oder In-

„Grund“ auf die Dauer nicht von seinen kämpfenden Klassengenossen fernhalten. —

Die Broschüre vereinigt nur „die letzten Ausgaben“ der Flugblätter, da die älteren „Ausgaben“ hier und da nicht mehr ganz zu den jetzigen Leistungen des Centrums passen. Trotz dieser Vorsicht sind auch einige der „letzten Ausgaben“ bereits veraltet. Das Flugblatt Nr. 33 z. B. soll den Eifer, den das Centrum im Jahre 1905/06 für die Bewilligung neuer Steuern entwickelt hat, rechtfertigen. Der Verfasser des Flugblattes wirft u. a. die Frage auf: Hat die Centrumspartei bei Beratung der Steuerreform die sozialen Gründe gewahrt? Das sei die entscheidende Frage. Sie wird im Flugblatt bejaht, weil — das Centrum die Tabaksteuer abgelehnt habe. Wie paßt dazu die Tatsache, daß das Centrum jetzt die Tabaksteuer bewilligt hat und außerdem die anderen indirekten Steuern, wie namentlich die auf Kaffee, Petroleum?

Hanau a. M.

Gustav Hoch.

Die Literatur über „Gelbe Gewerkschaften“.

Gasteiger, Michael. Die gelben Gewerkschaften. Ihr Werden und ihr Wesen. München 1909. Sozialpolitischer Verlag. 199 S. 3 M.

Lebius, Rudolf. Gelbe Gedanken. Berlin 1908. Reformverlag. 45 S. 50 Pf.

Lebius, Rudolf. Die gelbe Arbeiterbewegung. Berlin 1908. Reformverlag. 98 S. 1,20 M.

Umbreit, Paul. Der Stand der gelben Organisation in Deutschland. Berlin 1908. Adolf Cohen. 47 S. 20 Pf.

Wallbaum, Wilhelm und Rafflenbeul, Hermann. Gelbe Gewerkschaften und Vaterländische Arbeitervereine. Bochum 1907. Verlag: „Die Arbeit“. 77 S.

Der gelbe Sumpf. Ein Blick hinter die Kulissen der gelben Arbeitervereine durch Einsichtnahme in einige Lebiusbriefe. Stuttgart 1908. Alexander Schilde u. Co. 32 S. 10 Pf.

Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs. Köln 1907. Christlicher Gewerkschaftsverlag. 76 S. 50 Pf.

Gelbe Gewerkschaften. Stuttgart. Alexander Schilde u. Co. 23 S.

Lebius ist der bekannteste Führer der gelben Gewerkschaften in Deutschland. Sein Buch: „Gelbe Gedanken“ gibt uns nun eine Darstellung dessen, was die „Gelben“ wollen. Das Buch will Propaganda für die gelben Organisationen machen, doch kann man fast sagen, daß es abschreckender wirkt als die Gegenschriften:

„Wie gründet man gelbe Vereine? Gelbe Werkvereine gründet man in der Regel nur in solchen Werken, die über 100 Arbeiter beschäftigen und wo der Arbeitgeber deutlich zu erkennen gibt, daß er die Gründung eines gelben Vereins gern sehen würde.“

Die eigentliche Vereinsgründung geht derart vor sich, daß vier oder fünf Gesinnungsgenossen zusammenkommen, die Satungen ausarbeiten, die Vorstandsämter verteilen, die Mitgliedsbücher zum Druck geben und die Vereinsmarken herstellen. Sobald der Vorstand mit allen Vorarbeiten fertig ist, labet er durch Flugblätter die Arbeiter zum Beitritt in den Verein ein.“

Ein wichtiger Programmpunkt der Gelben ist das Sparen:

„Legt man täglich einen Groschen in seinen Spartopf und trägt dann den Sparpfennig von Zeit zu Zeit auf die Sparkasse, so hat man nach einem Jahre ohne Zinsen 36 M. und 50 Pf. zusammengebracht. Im Laufe von 10 Jahren wächst die Summe auf über 400 M., in 20 Jahren auf über 1000 M.“

Wenn von den vorwiegend industriellen 10 Millionen deutschen Arbeitern, die unter das Krankenversicherungsgesetz fallen, ein jeder einen Groschen in die Sparbüchse legt, so

hat „Bruder Arbeiter“ eine Million in seine Sparbüchse gelegt.“

Diese Sparbeträge sind aber viel zu niedrig: „Ein, zwei, drei Mark können unsere industriellen Arbeiter ganz gut, wenn sie wollen, als Sparpfennig wöchentlich zurückhalten.“

Dann besitzt „Bruder Arbeiter“ am Jahreschlusse 520 bezw. 1040 oder 1560 Millionen Mark, dieses Geld wird in der Industrie angelegt, die Arbeiterschaft nimmt Anteil an dem Unternehmergewinn, wird Mitinhaberin von Werken und Fabriken, und das von der Sozialdemokratie entworfene häßliche Zerrbild des rechtlosen, ausgebeuteten Lohnsklaven zerrinnt in ein Nichts. Aber

„noblagement: wir streben nicht die Alleinherrschaft der Arbeiter in der Landesindustrie an, sondern nur ein in Betracht kommendes Miteigentum“.

Auch Gewinnbeteiligung soll angestrebt werden, aber

„sein Werkverein darf von seinem Arbeitgeber die Einführung der Gewinnbeteiligung fordern, denn sein anderer als nur der Arbeitgeber selbst vermag zu beurteilen, ob sein Unternehmen eine so tiefgreifende organische Aenderung übertragen kann. — Die Arbeiter haben sich bei der Gewinnbeteiligung immer vor Augen zu halten, daß diese Wohlfahrtsrichtung eine freie Zuwendung des Arbeitgebers ist, und daß die Hand, die schenkt, auch nehmen kann.“

Von diesem „Gelben Gedanken“gang ist das ganze Buch durchzogen.

„Die gelbe Arbeiterbewegung“ vom Lebius gibt eine Darstellung der Entstehung und Entwicklung der gelben Organisationen an den einzelnen Orten. Aus jeder einzelnen Darstellung ist zu entnehmen, daß es sich um die bewußte Begründung von Streikbrechervereinen handelt:

„Wir Gelbe betrachten Ausstände und Aussperrungen als Barbarei.“

Sämtliche übrigen angeführten Schriften, sowie die bereits früher genannten Bücher von Kessler (Die deutschen Arbeitgeberverbände) und Umbreit (Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland) nehmen entschiedene Stellung gegen die gelben Gewerkschaften. Kulemann nimmt in seinem Buche (Die Arbeiterberufsvereine) einen etwas übertrieben objektiven Standpunkt ein.

Kessler: Die gelben Gewerkschaften führen meist ein recht kümmerliches Dasein, und das ist weder zu verwundern noch zu beklagen. Ein Arbeiter, der auf Solidarität und Standesehre hält, wird sich kein Koalitionsrecht nicht durch Geldspenden der Arbeitgeber abkaufen lassen. Eine Unwahrheit ist es, wenn einzelne dieser gelben Gründungen der Unternehmerschaft sich als „frei“ und „unabhängig“, ein grober Mißbrauch, wenn sie sich als „national“ oder „reichstreu“ bezeichnen. Die Abneigung gegen den Streik hat mit nationaler Gesinnung oder Reichstreu gar nichts zu tun.

Umbreit: Was die Gelben zusammenhält, das ist alles nicht die Ueberzeugung für eine große Idee, für eine heilige Sache, der man Opfer bringt, nicht das Ideal einer Weltanschauung, sondern die Sucht nach unmittelbaren Vorteilen ohne eigene Opfer.“

Umbreit verurteilt die Gelben von seinem Standpunkt als freier Gewerkschafter; es muß nur anerkannt werden, daß die vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften geschriebenen Bücher von Gasteiger, Wallbaum-Rafflenbeul und das Buch „Die Gelben“ nicht minder scharfe Töne finden. Die „Gelben“ werden tatsächlich von allen Seiten verachtet. Nach einer Mitteilung von Gasteiger haben sogar die Präsidien der katholischen Gesellenvereine folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Generalversammlung der Präsidien des Verbandes katholischer Gesellenvereine erklärt, daß der Verband in keiner Weise die Bestrebungen der sogenannten gelben Gewerkschaften unterstützen kann, und hält es für durchaus unverträglich

duktionen bezirksweise oder zu allrussischen Landesverbänden. Als wesentliches Mittel zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung der Einigkeit und Einheitlichkeit dienen die beruflichen Landes- und Bezirkskonferenzen; auf derjenigen der Buchdrucker, die im April 1907 in Helsingfors stattfand, waren 57 Vereine mit 20 162 regelmäßig ihren Beitrag zahlenden Mitgliedern vertreten. Im Februar 1907 hatte in Moskau eine Metallarbeiterkonferenz stattgefunden, auf der 27 431 in 18 Vereinen organisierte Arbeiter durch 27 Delegierte vertreten waren (unter diesen befanden sich 10 Intellektuelle).

Kennzeichnend für den in den Organisationen herrschenden Geist sind die auf ihren Konferenzen angenommenen Resolutionen. So erklärte in einer solchen die Buchdruckerkonferenz sich gegen die zünftlerische Maßnahme, die Lehrlingszahl zu beschränken, vielmehr müsse das ausbeuterische Lehrlingsystem überhaupt beseitigt und die systematische Berufsausbildung der jungen Leute angestrebt werden.

Gleichfalls verwirft die Resolution den Ausschluß der Frauen und fordert in Anerkennung dessen, daß für sämtliche Zweige des Buchdruckgewerbes die Frauen die gleiche Befähigung besitzen, wie die Männer, daß bei gleicher Leistung den Frauen auch der gleiche Lohn gezahlt werde.

Ähnliche Resolutionen wurden auf den Konferenzen der Handlungsgehilfen und der Textilarbeiter angenommen.

Auf der Textilarbeiterkonferenz waren 13 Vereine mit 10 000 Mitgliedern vertreten.

Ob innerhalb eines Berufes oder einer Industrie eine Landeszentrale oder Bezirkszentrale gebildet wurden, das ergab sich naturgemäß aus den Bedingungen geographischer, kultureller und sprachlicher Natur, und die großen Verschiedenheiten nach diesen Richtungen hin, die zwischen den einzelnen Teilen des Riesensreiches bestehen, ließen es auch als noch nicht angezeigt erscheinen, eine einheitliche gewerkschaftliche Landeszentrale zu schaffen.

Der ausländischen Gewerkschaftsbewegung schenken die russischen Organisationen große Aufmerksamkeit, und sie waren eifrigt bestrebt, internationale Verbindungen anzuknüpfen. Dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 lag ein Bericht über die russische Gewerkschaftsorganisation vor und wohnten deren Vertreter auch bei.

Die Stärke der russischen Organisation ist nicht leicht mit Sicherheit festzustellen. Für 1907 werden als sichere Zahlen angeführt 625 Vereine (Gewerkschaftsfunktionen oder Gruppen) mit 2 455 553 Mitgliedern. Die stärksten Verbände sind die

- der Metallarbeiter mit 54 173 Mitgliedern = 8,6 Proz. der vorhandenen Arbeiter,
- der Textilarbeiter mit 37 214 Mitgliedern = 3,9 Proz. der vorhandenen Arbeiter,
- des Handelsgewerbes mit 32 475 Mitgliedern = 2,2 Proz. der vorhandenen Arbeiter,
- der Buchgewerbe mit 28 645 Mitgliedern = 43,0 Prozent der vorhandenen Arbeiter,
- der Nahrungsmittelindustrie mit 24 848 Mitgliedern = 7,2 Proz. der vorhandenen Arbeiter.

Besoldete Beamte haben die Buchdrucker in Petersburg, Moskau, Wilna, Samara, Odessa, Kiew und Jekaterinoslaw, die Metallarbeiter in Petersburg und Moskau je 2, in Watu 6, in Lugansk 4, im Donez-Beden 7, in Saratoff 1; die Sekretäre der größeren hauptstädtischen Verbände sind fast alle besoldete Angestellte.

Eine große Verschiedenheit besteht zwischen den Anforderungen und Leistungen der einzelnen Verbände. 3 Verbände erheben keine Einschreibgebühren, einige andere einen bestimmten Prozentsatz vom Verdienst, 2 erheben 25 Kopeken, 18 Verbände 50 Kopeken, 14 Verbände 1 Rubel und in einem Verbände wird ein Einschreibegeld von 3 Rubeln erhoben.

Die monatlichen Beiträge betragen von 20 Kopeken bis zu 1,80 Rubel; in einigen Verbänden 1 Proz., 1½ und 2 Proz. des Verdienstes, in anderen bestehen abgestufte Beitragsklassen.

Die Leistungen an Unterstützungen sind natürlich nicht zu vergleichen mit denen alter, wohlausgebauter, westeuropäischer Gewerkschaften, immerhin sind an Streikende und Arbeitslose schon recht anerkennenswerte Unterstützungen gezahlt worden.

Was die wirtschaftlichen Kämpfe betrifft, so haben sie in 2 Jahren gewisse Erfolge erzielt, meint der Verfasser, die von den westeuropäischen Gewerkschaften seit Jahrzehnten angestrebt werden, so die Anerkennung der Organisationen, indem ihre Bevollmächtigten in den Betrieben wie in gemischten Kommissionen gehört werden.

Um der wachsenden Gewerkschaftsbewegung einen Damm entgegenzustellen, organisiert sich das Unternehmertum nach dem Muster der deutschen Großindustriellen, und wie diese operiert es mit Massenentlassungen, Aussperrungen und schwarzen Listen. Geringen Erfolg erzielten die Unternehmer aber mit dem Versuche der Gründung gelber Organisationen — trotz der Leistungen der schwarzen Hunderte und gewisser sehr zweideutiger Manöver der politischen national-demokratischen Organisation „Jednost“, d. i. Einigkeit, genannt.

Sehr interessant sind einige Beispiele, die der Verfasser anführt, wie die Behörden trotz des den friedlichen Streik zulassenden Gesetzes vom 2. Dezember 1905 gegen die Arbeitskämpfe Partei nehmen. Mehrere Generalgouverneure bedrohen Unternehmer mit Geldstrafen bis zu 3000 Rubel und Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten für Nachgeben gegenüber Streikenden, für Wiedereinstellung von Streikern und Unterlassung des Einreichens der Namen solcher Sünder an die Polizei.

Nur in großen Umrissen vermag eine Besprechung auf beschränktem Raume wiederzugeben, was der Verfasser in seiner fast 300 Seiten umfassenden, sehr ins Detail gehenden Arbeit über die junge Gewerkschaftsbewegung Rußlands, ihre Beziehungen zur Partei und ihre Bedeutung im gegenwärtigen Befreiungskampfe des russischen Volkes bringt.

Einigermaßen peinlich berühren Heine, in Fußnoten angebrachte Ausfälle gegen den Vorgänger als Geschichtsschreiber der russischen Gewerkschaftsbewegung, B. Swiatkowski, der statt 245 000 Organisierten ihrer 400 000 zählt, und der noch mehr solcher Infortigkeiten beschuldigt wird. Bei der Unmöglichkeit, jetzt schon eine gute Statistik zu erlangen, bei dem Schwanken aller Verhältnisse im gegenwärtigen Rußland, wird man doch ohnehin alle derartigen Angaben nur als ungefähre zu betrachten haben.

Was aber sicher ist und in Grinewitschs Buch unverkennbar zur Darstellung gelangt, ist die unbeeirte Entwicklung in den Anschauungen der russischen Gewerkschaften, die zwar als solche nicht sozialistisch, dennoch im Sozialismus den endgültigen Befreier vom Kapitalismus erkennen. J da A l t m a n n.

Tätigkeit
1871—
tionsbe
D
lichen i
nicht a
reichen
nis au
wieder
keit de
feines
Gebe
engte
Arbeits
zum A
Sozial
von de
worden
richte i
zugang
Partei
aber ei
die sie
es ist
kennen
und zä
Arbeits
Nähren
der au
und sie
richtig
demofre
litische
sein. V
Verbren

Liter
Di
Von S
Vorwä
All
haben,
und A
Dienste
ordnet.
verf
richten,
und den
arbeiter
Auszug
sehr de
findung
reichen
Derjeni
Verfü
Ansprü
auf das
viel Ze
richten
enthalte
scheidun
ziptellen
einigen
Buch de
Anleitu
reus d
beiterje

Partei-Literatur.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Tätigkeitsberichte und Wahlaufsätze aus den Jahren 1871—1893. 542 S. Preis geb. 5 Mk. Organisationsbezug 2,50 Mk. Vorwärts-Buchhandlung, Berlin.

Die Geschichte der Sozialreform ist im wesentlichen die Geschichte der Sozialdemokratie. Aus dies nicht aus den Erfahrungen seines eigenen kampfreichen Lebens wüchse, dem würde sich diese Erkenntnis aufdrängen beim Studium dieser alten, jetzt wieder neu aufgelegten Dokumente, die die Wirksamkeit der Sozialdemokratie widerspiegeln. Da ist seines der größeren und kleineren sozialpolitischen Gesetze, mit denen nicht die Sozialdemokratie aufs engste verknüpft war, vom Haftpflichtgesetz bis zur Arbeiterversicherung und vom Arbeiterschutzgesetz bis zum Arbeitskammerentwurf. Keiner der Mängel der Sozialgesetze, der nicht schon in den ersten Vorlagen von der Sozialdemokratie aufgedeckt und bekämpft worden wäre. Es ist zu begrüßen, daß diese Berichte der Partei wieder einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht werden. Die Alten, die mit der Partei gereift sind, kennen sie wohl zum guten Teil, aber eine breite Generation von Jungen wächst heran, die sie nur als vergriffene Literatur kannten. Und es ist notwendig, daß sie das Wirken der Partei kennen lernen. Sie lernen daraus, wie unermüdet und zähe dieselbe für die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse eingetreten ist, wie sie schon vor 30 Jahren den Kampf gegen die indirekten Steuern, der auch jetzt wieder im Vordergrund steht, führte, und sie lernen daraus die Verleumdung der Gegner richtig würdigen, welche behaupten, daß die Sozialdemokratie nicht den Anspruch erheben könne, die politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft zu sein. Man kann dem Sammelwerk nur die weiteste Verbreitung in Arbeiterkreisen wünschen. u.

Literatur über Arbeiterversicherung.

Die Rechtsprechung in Unfallrenten-Streitigkeiten. Von Hermann Müller. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis geb. 3 Mk.

Allen, die mit der Unfallversicherung zu tun haben, besonders unseren Gewerkschaftsangeestellten und Arbeitersekretären, wird das Buch sehr gute Dienste leisten. Der Verfasser hat, übersichtlich geordnet, die wichtigsten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes aus den Amtlichen Nachrichten, den Zeitschriften der Berufsgenossenschaften und dem Material, das ihm als Sekretär im Centralarbeitersekretariat zur Verfügung stand, kurz im Auszug unter Quellenangabe wiedergegeben. Ein sehr detailliertes Sachregister erleichtert die Auffindung einer besonderen Entscheidung aus dem reichen Material, das hier zusammengetragen ist. Derjenige, dem die Amtlichen Nachrichten nicht zur Verfügung stehen, wird gern bei Begründung von Ansprüchen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze auf das hier gebotene Material zurückgreifen und viel Zeit und Mühe sparen. Die Amtlichen Nachrichten sind mittlerweile so umfangreich geworden, enthalten auch eine Anzahl längst überholter Entscheidungen, daß die Nachforschung nach einer prinzipiellen Entscheidung in einer strittigen Frage mit einigen Schwierigkeiten verknüpft ist. Hier gibt das Buch von Hermann Müller eine schnelle und sichere Anleitung, und es dürfte sich wohl bald in den Bureaus der Gewerkschaften, Auskunftsstellen und Arbeitersekretariate einführen. R. Schmidt.

Literatur über Arbeitsvermittlung.

Zur Arbeitsnachweisfrage.

Fritz Lauer. Die Praxis des öffentlichen Arbeitsnachweises. Berlin, Georg Reimer.

Hundert deutscher Arbeitsnachweisorgane in Leipzig. Stenographischer Bericht (Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Nr. 7).

Die gemeinnützige Arbeitsvermittlung für Gast- und Schankwirtsangestellte und für das Hauseigentum. Stenographischer Bericht über die auf Einladung des preussischen Handelsministers am 15. Januar 1909 zu Berlin abgehaltenen Beratungen. (136 Seiten.)

Die Literatur über die Frage des Arbeitsnachweises und der Stellenvermittlung schwillt immer mehr an. Die öffentlichen (städtischen und paritätischen) Arbeitsnachweise sind verhältnismäßig noch jungen Datums, aber schon ist ein reichhaltiges Material vorhanden über die Aufgaben der Nachweisstellen, ihre Einrichtung und Wirksamkeit. Zu den Arbeiten, die sich besonders mit dem Ausbau der Vermittlungsstellen, deren technischen Betrieb usw. befassen, gehört auch die von Fritz Lauer, Leiter des Städtischen Arbeitsamtes in Freiburg i. B.

Der Nachweis von Arbeit und Stellen kann nicht bürokratisch, sondern muß nach modern-gesellschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet werden. Nach der wohlthätigen Polizei- oder Steuerbehörde muß der Bürger auf Verlangen kommen und lägen die betreffenden Gebäude auch noch so weit und verstreut. Der Arbeitgeber, der Leute braucht, will es bequem haben, das Arbeitsamt muß möglichst im Zentrum der Stadt, leicht erreichbar, liegen. Ganz bestimmte Anforderungen sind auch an Bureau- und Warteräume zu stellen, wenn sie von Arbeitern gern benutzt werden sollen; z. B. muß Schreibgelegenheit vorhanden sein und müssen Zeitungen ausliegen. — In ausführlicher Weise behandelt Lauer die Besatzungsfrage. An diese sind hohe Anforderungen zu stellen; engherzige, nach der Schablone arbeitende Beamte taugen nicht für die Tätigkeit im Nachweisbureau. Der Vermittler muß nicht bloß die Fähigkeit besitzen, den passenden Mann an den richtigen Platz zu stellen, er muß vor allem die größte Gewissenhaftigkeit, Unbestechlichkeit und Unparteilichkeit an den Tag legen. Aber nicht bloß das, von dem Beamten in einer Nachweisstelle, zu der sich das Heer jener Unglücklichen drängt, die oft wochenlang ohne Arbeit und Verdienst sind, wird auch gefordert werden müssen, daß er mit Verständnis und Wohlwollen den Arbeitssuchenden entgegenkommt, ihren Leiden und Beschwerden nicht teilnahmslos gegenübertritt. Das wird namentlich auch von den weiblichen Beamten erwartet werden müssen. — In weiteren Kapiteln behandelt Lauer mit großer Sachkenntnis die technischen Einrichtungen der Bureaus: das Vermittlungsverfahren, die verschiedenen üblichen Systeme (Listen- und Kartensysteme), den interlokalen Verkehr von Anstalt zu Anstalt, Austausch der Vakanzlisten, die Teilung der Vermittlungstätigkeit nach verschiedenen Gesichtspunkten (männlich, weiblich, sodann nach Berufen), die Dienstbotenvermittlung, die Vermittlung von Lehrlingsstellen, die von entlassenen Strafgefangenen, von minderqualifizierten halbinvaliden Arbeitskräften, die Frage der Reklame und der Statistik und vieles andere. Beigefügt sind die Statuten einiger der größeren Arbeitsämter sowie eine Anzahl Pläne von Arbeitsnachweisgebäuden und -Bureaus und Formularen. Das Schriftchen dürfte auch für die Gewerkschaftsbeamten, namentlich für die mit der Führung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise betrauten manche neue Anregung bringen.

Literatur über Erziehungsfragen.

Konrad Agahb. Lehrerschaft und Jugendfürsorge in Stadt und Land. 240 Seiten. Preis 3,50 Mk., geb. 4,50 Mk. Berlin, Herdes u. Hödel.

Konrad Agahb ist in sozialpolitischen Kreisen gut bekannt als einer der eifrigsten Förderer des Kinderschutzes. Seine Arbeiten über die gewerbliche Ausbeutung der Kinder haben die Bestrebungen der Arbeiterklasse unterstützt, indem sie das Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft weckten. Auch seine weiteren Schriften über Kinderschutz und Jugendfürsorge haben in Arbeiterkreisen Eingang gefunden. Trotz dieses lebhaften sozialpolitischen Eifers ist Konrad Agahb nichts weniger als ein Politiker — er ist völlig ein Mann der Praxis, der allen Theorien und Programmen fremd, nur die Tat, die werttätige Mitarbeit anerkennt und fordert. Darin offenbart sich seine Stärke, aber zugleich auch seine Schwäche. Beides kommt besonders in der vorliegenden Schrift zum Ausdruck, die die Lehrerschaft zur praktischen Mitwirkung bei der Jugendfürsorge aufrufen, zugleich aber auch allen auf diesem Gebiete Tätigen und allen, die dafür Interesse bekunden, mit Materialien und praktischen Winken sowie anspornenden und auch kritischer Nachschläge in die Hand gehen will. Agahb wendet sich an alle, die in irgend welcher Beziehung berufen sind, erzieherisch auf das Volk zu wirken, an die Lehrerschaft, Geistlichkeit, öffentliche Beamtenschaft, an den Gutsbesitzer, Arbeitgeber, an den Bauer, den Inspektor, an die Ratskell. Er glaubt an die Macht der alles bezwingenden Idee. Selbst alle Parteien sind ihm sozial. Jeder, der nur mitarbeiten will, ist ihm willkommen. Und während er allein aus edelster Menschenliebe sich dem Wohl der gefährdeten Kinder und Jugend widmet, muß er blutenden Herzens zusehen, wie sein Wort in den Händen aller derer, die sich teils offiziell, teils aus kirchlichen oder parteilichen Gründen berufen wähnen, die Jugend zu retten, dem wahren Jugendwohl entfremdet wird, wie sich die Wirksamkeit dieser „berufenen“ Jugendfreunde in Programmen und Satzungen, in Reden und Leitartikeln erschöpft, während die Statistik immer erschreckendere Zahlen der physischen, geistigen und moralischen Verelendung der Jugend zutage fördert. Es ist der aussichtslose Kampf, die bürgerliche Gesellschaft zu wirklicher sozialer Arbeit zu erziehen, aussichtslos, so lange er nur der Kampf der „Idee“ bleibt. Stände ihm nicht die Sozialdemokratie, ihre ägende Kritik und ihre praktische Organisation der Jugend zur Seite, so wäre das Interesse der „berufenen“ Hüter der Jugend gleich Null, wie auch das Kinderschutzgesetz von 1903 ohne die Wirksamkeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schwerlich erreicht worden wäre. Ohne die Jugendorganisation der Sozialdemokratie und Gewerkschaften hätte der Minister für Handel und Gewerbe kaum jene Verfügung erlassen, die die Provinzialbehörden auf die praktische Jugendfürsorge und auf die Heranziehung der Jugend zur Mitarbeit hinwies. Und selbst trotz dieser „sozialdemokratischen“ Konkurrenz erstickt die behördliche, geistliche und wohlthätige Fürsorge in bürokratisch-kirchlichem Formel- und Dogmenstrom, bei dem für die Jugend keine wirkliche praktische Hilfe herauskommt.

Die Schrift Agahbs kommt gerade gelegen angesichts der entsetzlichen Vorgänge in Mielezsh, die die Früchte der bürgerlichen Jugendfürsorge in trassester Form offenbart. Wer sich aus den

Satzungen, Zielen und Programmen jener Jugend-erzieher mit deren Anschauungen vertraut macht, der lernt verstehen, wie solche Vorgänge möglich wurden. Leider ist der Verfasser von der Begünstigung der Frügelpädagogik selbst nicht ganz freizusprechen, denn obwohl er mehrfach versichert, daß ihm nichts verhaßter sei als das Prügeln, und obwohl er beklagt, ein Kind geschlagen zu haben, ohne zu wissen, daß entsetzlicher Hunger die Ursache seiner Widerseßlichkeit war, nimmt er doch die Pädagogen, die ohne den Stock nicht auszukommen glauben, in Schutz und fordert, daß die Ausübung der Schulzucht nicht schlechthin in eine Reihe mit Körperverletzungen gestellt werde und daß die Verfolgung solcher körperlicher Züchtigungen auch künftig im Wege der Privatklage unzulässig bleibe. Gewiß ist ihm darin beizustimmen, daß nur die Ueberlastung der Lehrer an den Ausschreitungen der Schulzucht schuld sei, — aber sicherlich ist die Stärkung der Erziehungsgewalt in bezug auf körperliche Strafen der allerungeeignetste Weg, das Ziel jeder Pädagogik (den Kindern die Mutterliebe zu erzeu) zu erreichen und den entsetzlichen Kindermißhandlungen ein Ende zu machen.

Trotz dieser Schwächen kann die Agahbische Schrift dem Studium aller Kreise, die sich mit Erziehungsfragen beschäftigen, nur empfohlen werden, da sie einen kritischen Ueberblick über den Stand der staatlichen und wohlthätigen Jugendfürsorge bietet und auch die Bestrebungen der Arbeiterbewegung in durchaus objektiver Weise schildert. U.

Literatur über Arbeiterinnen- und Frauenfragen.

Die grüne Gefahr. Ein Protest gegen den Radikalismus in der modernen Frauenbewegung von Maria Werner, geb. Arndt. Hagen i. W. Verlag von Otto Rippel.

Die kleine Schrift verdankt ihren eigenartigen Titel der unreifen (also grünen) Urteilslosigkeit der radikalen Frauenbewegung, in welcher die Verfasserin die größte Gefahr für das deutsche Haus erblickt und die sie nach Kräften bekämpft. Besonders erbost ist sie über Dr. Helene Stöcker und die freie Liebe. In den hohen Tönen vollster Ueberzeugung preißt sie die echte deutsche Hausfrau, welche ganz im Dienst des Gatten, der Kinder und des Hauses aufsteht —, und dabei alle beherrscht.

„Das Frauenwahlrecht wollen wir nicht“, heißt es kurz; in öffentliche Versammlungen gehen — wie geschmacklos! Aber politisch sind „wir“ deshalb doch. Vater und Bruder, Gatte und Sohn werden durch den persönlichen weiblichen Einfluß bei der frommen, strengkonservativen Fahne gehalten, ob sie wollen oder nicht.

Alles Lob und Tadel gilt nur der Bürgerlichen. Die Arbeiterin kennt Frau Werner näher nur als Rückenfee; sonst werden die unteren Stände nur einmal ganz zufällig mit lächelnder Herablassung erwähnt. Daß sie die Sozialdemokratie aus ganzer Seele haßt, versteht sich von selbst. Aber daß sich seit den letzten hundert Jahren doch manches geändert hat, sieht sie mit schwerem Herzen und bemüht sich, das Notwendigste davon anzuerkennen.

Wie kurzweilig das Schriftchen sein kann, davon zwei Proben:

„Die rote Gefahr! Weithin in grellem blutroten Licht erscheint sie uns wie ein zerstörender Feuerbrand, der unser teures Vaterland zu ver-

Der Bericht über den Leipziger Arbeitsnachweis- kongress bringt neben dem Referat von Lauer über das obige Thema ein solches vom Inspektor Steffen- Berlin, das sich ausschließlich mit den bezüglichen Einrichtungen des Berliner Instituts befaßt. Ein Referat vom Regierungsrat Dominicus-Sträßburg über: „Die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde gegenüber den allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweisen“ haben wir schon an dieser Stelle (vergl. „Correspondenzblatt“ Nr. 2 vom 9. Januar 1909) besprochen. Weitere in dem bei Seymann- Berlin erschienenen umfangreichen Protokoll enthaltene Referate sind: Die allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise und die besonderen Facharbeits- nachweise — Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeiternot auf dem Laube — Die Verbindung des Arbeitsnachweises mit anderen sozialen Einrichtungen. — Alle diese Referate enthalten eine Fülle recht interessanten Materials.

In der Konferenz, die Anfang d. J. im preu- ßischen Handelsministerium tagte, wurde die Frage erörtert, ob und in welcher Weise die Errichtung von besonderen Fachabteilungen für das gewirt- schaftliche Personal bei den öffentlichen Ar- beitsnachweisen in die Wege zu leiten sei. Die erstere Frage wurde im allgemeinen bejaht. Sozial- politisch von Interesse ist die Stellungnahme der verschiedenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorgani- sationen zu dieser Frage. Die Arbeitgeber haben wenig Interesse an der Aenderung des gegenwärtigen Zustandes. Sie sehen am liebsten die gewerbsmäßige Stellenvermittlung aufrechterhalten, die ihnen nichts kostet, im Gegenteil ihnen indirekt durch die Zechen der Stellenvermittler noch Gewinn bringt. Auf Seite der Arbeitnehmer sind eine Anzahl Organisationen vorhanden, deren Existenz lediglich auf ihrer Ver- mittlungstätigkeit beruht. Darum ist auch hier nur ein laues Eintreten für der öffentlichen Arbeits- nachweis. — Bemerkenswert ist ferner das auf dieser Konferenz gehaltene Referat des Fräulein Klaus- ner (Vorsteherin der Berliner öffentlichen Dienst- botenvermittlung) über die Vermittlung für das Hausgefinde.

Hugo Pöschel.

Literatur über Industrie, Gewerbe und Handel.

Das Mühlengewerbe in Baden und in der Rheinpfalz. Von Dr. M. Fromm. 153 Seiten. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe 1907.

Unter den zahlreichen gewerblichen Mono- graphien gewinnt die vorgenannte ein doppeltes Interesse, einmal weil es sich um eine Industrie handelt, in welcher der Produktionsprozeß die voll- kommenste Stufe automatischer Technik erreicht hat, der gegenüber die Bedeutung der Arbeitskraft des Arbeiters fast völlig zurücktritt, dann aber auch, weil die Mühlenindustrie eines der beliebtesten An- griffsobjekte des Mittelstandes und der mit ihm verbündeten Agrarier bildet. Das Fromm'sche Buch wird daher ein gewisses Allgemeininteresse bean- spruchen dürfen, worin es auch durch die Be- schränkung des behandelten Gegenstandes auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet nicht beeinträchtigt wird. Denn gerade in Mannheim und Ludwigshafen hat die Großmühlenindustrie, begünstigt durch die günstigen Wasserfrachtverhältnisse, die dieser „letzte Seehafen“ bietet, eine für ihre weitere Entwicklung wichtige Konzentrationsstätte gefunden. Fromm schildert in diesem Buche die mit der landwirtschaft- lichen Eigenproduktion engverbundene Kunden-

müllerei, die das von den Bauern gebrachte Getreide für einen behördlich festgesetzten Naturalanteil mahlte, und auch heute noch in den Gegenden ihre Stellung behauptet, in denen diese landwirtschaft- liche Betriebsform sich erhalten hat. Der Rückgang der letzteren und der Uebergang zur Geldlöhnung führten zur Entwicklung der Handelsmüllerei, bei der der Müller das Getreide kauft und das Mehl verkauft. Damit verbunden war die technische Vervoll- kommung des Betriebes durch moderne Maschinen. Der Großmühlenbetrieb beruht in seiner Ueber- legenheit nicht so sehr auf größerer technischer Leistungsfähigkeit, als vielmehr auf kaufmänni- schen Vorteilen, besonders auf der Unab- hängigmachung vom lokalen und nationalen Ge- treidemarkt und auf der besseren Ausnutzung der Wasserfrachtverhältnisse. Noch heute überwiegt der Kundenmühlenbetrieb in Baden an Zahl der Be- triebe, aber hinsichtlich der verarbeiteten Getreide- menge tritt er weit hinter die Handelsmüllerei zu- rück. In Baden umfassen die Kundenmühlen, auf die durchschnittlich 2,43 Arbeitskräfte entfallen, 86 Prozent aller Mühlenbetriebe, aber sie verarbeiten nur 22 Prozent der gesamten Getreidemenge und produ- zieren 23 Prozent des erzeugten Mehls. Dagegen verarbeiten die 9 Prozent mittlerer Handelsmühlen auf die im Durchschnitt 9,75 Arbeitskräfte kommen, 18 Prozent des Getreides und erzeugen 17 Prozent des gesamten Mehls, während die Großmühlenbetriebe 5 Prozent der Betriebe, aber 60 Prozent der Getreide- verarbeitung und Mehlproduktion repräsentieren und durchschnittlich 55,60 Arbeitskräfte beschäftigen. Die Kundenmüllerei als Alleinberuf vermag ihren Mann nicht zu ernähren, deshalb ist sie in weit überwiegendem Maße mit Nebenerwerb verbunden, zumeist mit Landwirtschaft. Auch Bäckerei, Mehl- handel, Brauerei kommen in Frage. Ein Teil der Kundenmüller ist zu Mehlagenten der Großmühlen geworden. Die Organisation der kleinen Müller scheidet an der Frage der Interessengegenläge. Die Interessen der Kundenmüller fallen mit denen der Landwirtschaft zusammen; da der Mahlohn vom Getreidepreis abhängt, sind beide an hohen Getreide- preisen interessiert. Die Handelsmüllerei, die das Getreide einkauft, verlangt dagegen niedrige Ge- treidepreise und möglichst freie Einfuhr. Bei einer Erhöhung der Mahlpreise, die die Kundenmüller er- streben, verläßt die Freundschaft der Landwirte, von denen sie abhängig sind. Ein anderer Interessen- gegenläge herrscht zwischen den mittleren Handels- mühlen und den Großmühlen. Er beruht darauf, daß Getreide und Mehl in der gleichen Tarifklasse der Eisenbahnen rangieren. Während die an den Hafenplätzen liegenden Großmühlen für ihr Ge- treide nur die billige Wasserfracht zu zahlen haben, kommt für die abgelegeneren Handelsmühlen auch die erheblich höhere Eisenbahnfracht in Betracht. Das fertige Mehl wiegt immer 30 bis 35 Pro- zent weniger als Getreide; diese Differenz der Eisen- bahnfracht kommt den Großmühlen voll zugute. Gegen eine Herabsetzung der Tarifklasse für Ge- treide wehrt sich aber die Landwirtschaft, die den Einfall fremden Getreides befürchtet. Es zeigt dies, in welch hohem Maße die aufblühende Großmühlen- industrie an der Erhaltung billiger Schifffahrts- verhältnisse interessiert ist. — Das Fromm'sche Buch beleuchtet in sehr belehrender Weise diese ver- schiedenartigsten Interessenkämpfe, so daß es sicher von jedem mit großem Nutzen gelesen werden kann.

U.